

Politik der Stärke erhöhen, sondern verfolgte zugleich das Ziel, die sozialistischen Länder ökonomisch so zu belasten, daß die sozialistische Ordnung zumindest untergraben würde. Die Globalstrategen hofften, daß es der Sowjetunion und der sozialistischen Gemeinschaft nicht gelingen würde, gleichzeitig ein überlegenes militärisches Potential zu schaffen, die wissenschaftlich-technische Revolution zu meistern und den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen.

Wenn wir jedoch zu Beginn der siebziger Jahre Bilanz ziehen, so sieht die Lage doch wesentlich anders aus. Der sozialistischen Gemeinschaft, vor allem der Sowjetunion, ist es nicht nur gelungen, die militärische Überlegenheit zu erringen. Es war zugleich möglich, auf entscheidenden Gebieten der Wissenschaft und Technik internationale Spitzenpositionen zu erlangen und die systematische Erhöhung der Lebenshaltung der Werktätigen in den Mittelpunkt aller ökonomischen Tätigkeit zu stellen. Und: Die Welt des Sozialismus kennt keine Währungskrisen!

Demgegenüber hatte sich die „Politik der Stärke“ für die imperialistischen Staaten als Bumerang erwiesen. Sie wurde vor allem zur entscheidenden Quelle der inflationistischen Entwicklung, deren

Wachstumsraten Jahr für Jahr anstiegen. Dies wird in den Ende 1972 offiziell registrierten Preissteigerungsraten (jeweils gegenüber dem Vorjahr) sichtbar:

Großbritannien	7.7 Prozent
Frankreich	6.9 Prozent
BRD	6.5 Prozent
Italien	7.4 Prozent
Niederlande	7.8 Prozent
Dänemark	7.1 Prozent
Norwegen	7.6 Prozent

Nach bürgerlichen Prognosen wird in den nächsten Monate A mit neuen Inflationsrekorden gerechnet.

Diese langfristige Dauerinflation verschlechtert nicht nur die Lage der Werktätigen, sondern untergräbt natürlich das imperialistische Währungssystem weiter. Hinzu kommt, daß das Tempo der Preissteigerung in den einzelnen Ländern ungleich groß ist. Dadurch werden die festgelegten Währungskurse und Finanzbeziehungen zwischen den imperialistischen Ländern zusätzlich gestört.

Da diese inflationistische Entwicklung zu einem Wesensmerkmal des heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus gehört, bleibt diese Quelle der imperialistischen Währungskrisen erhalten — unabhängig davon, ob die Währungen der einzelnen imperialistischen Länder höher oder niedriger bewertet werden.

wie Gold zu behandeln, d. h., sie in jede Währung umzutauschen, wurde z. B. von den USA benutzt, um Westeuropa und Japan mit Papierdollar zu überschwemmen.

Auf diesem Weg — das heißt mit Papier — wurden Kapitalanlagen finanziert, Betriebe aufgekauft, günstige Marktpositionen geschaffen usw. Man schätzt, daß etwa 75 Milliarden Dollar auf diesem Wege in die anderen kapitalistischen Länder geflossen sind. Das bedeutet aber praktisch, daß die kapitalistischen Länder die amerikanische Expansion selbst finanziert haben, da sie ja ihre Währung gegen Papierdollar eintauschen mußten.

Diese Politik spielte eine ausschlaggebende Rolle bei der Entwicklung der multinationalen Monopole, von denen wieder die Mehrzahl aus den USA stammt. Nach einer neuen amerikanischen Studie sind diese Gesellschaften zur Zeit in der Lage, in kurzer Zeit 268 Milliarden Dollar an Spekulationsgeldern zu mobilisieren und damit das gesamte imperialistische Währungssystem aus den Angeln zu heben. In der gegenwärtigen Währungskrise tritt jedoch eine Reihe neuer Momente in Erscheinung. Vor allem: den USA ist es nicht gelungen, ihre Konzeption den anderen imperialistischen Ländern aufzuzwingen. Sie waren zur Abwertung des Dollars gezwungen — zur zweiten innerhalb von 14 Monaten!

Jetzt verbinden die USA die Abwertung mit handelspolitischen Forderungen, die den Export der amerikanischen Konzerne vergrößern und den Import in die USA bremsen sollen. Das Ziel ist, das Handelsdefizit von 6,4 Milliarden zu beseitigen. Von Japan wird ultimativ gefordert, den Export in die USA zu beschrän-

## Brutaler Handelskrieg imperialistischer Haie

Drittens. Die gegenwärtige Währungskrise ist untrennbar mit dem sich zuspitzenden Handels- und Wirtschaftskrieg zwischen den imperialistischen Staaten und Machtzentren verbunden. Die Zeitung der westdeutschen Großbourgeoisie „Handelsblatt“ schrieb am 17. 2. 1973: „Härterer Kampf um die Marktanteile — Der Kampf um die Anteile auf

den Weltmärkten wird nach den jüngsten Währungsmaßnahmen noch härter werden.“ Bisher wurde die Vorrangstellung des Dollars im imperialistischen Währungssystem durch den USA-Imperialismus in großem Umfange genutzt, um sich riesige Vorteile zu verschaffen. Die Pflicht aller Notenbanken der kapitalistischen Länder, Papierdollar |